



THEMENFELD

**Soziale Stabilität
in der Gesellschaft**

Juni 2024

Impressum:

MEHR GRIPS - Themenfeld Soziale Stabilität in der
Gesellschaft

Herausgeber:

MEHR GRIPS - Verein für eine sach und vernunft-
orientierte Politik

Wien, im Juni 2024

Redaktion
Kurt Guwak

Grafik/ Layout:
Doris Elgert

Anmerkung:

Wir verzichten auf spezifische Gender-Zeichen.
Wir verwenden entweder beide Formen gleichzei-
tig oder abwechselnd.

Zu Beginn

Die Initiative „MEHR **GRIPS**“ will Impulse für eine gute Politik geben. „Gute Politik“ heißt für uns:

- Stärkere Konzentration auf die entscheidenden Zukunftsfragen
- mit mehr Sachlichkeit und Kompetenz
- in einem gemeinsamen, konstruktiven Diskurs

Diese Grundsätze wenden wir selbst in der Bearbeitung von vier Themenfeldern an, die für die Zukunft Österreichs von großer Bedeutung sind.

- Ökologische Transformation
- Bildung
- Digitale Transformation
- Soziale Stabilität in der Gesellschaft

Zu jedem Themenfeld erarbeitet eine Gruppe von Expertinnen und Experten ein Konzept. Dieses Konzept besteht aus

- einem positiven Zukunftsbild „Wo könnte Österreich 2032 in diesem Thema stehen?“
- und einer Liste von Maßnahmen „Was müssen wir in den nächsten 12 Monaten tun oder angehen, um uns gut auf den Weg auf dieses Zukunftsbild hin zu machen?“.

Der Entwurf dieser vier Konzepte wird mit der gesamten Community von „MEHRGRIPS“ geteilt, kommentiert und von der verantwortlichen Themengruppe finalisiert.

In der Themengruppe **Soziale Stabilität in der Gesellschaft** haben mitgearbeitet:

- Christoph BADEL
- Alexander BODMANN
- Judith KOHLENBERGER
- Johannes KOPF
- Robert SEYFRIEDSBERGER
- Manuela VOLLMANN
- Eva ZEGLOVITS
- Moderation: Kurt GUWAK



Abb. 1: Die Mitglieder beim Medienauftakt im Complexity Science Hub
(c)Katharina Schiffel

1. Zielbild

Das Zielbild beschreibt einen Blick aus der Zukunft. Wo könnte Österreich 2032 im Themenfeld „Soziale Stabilität in der Gesellschaft“ stehen, wenn wir es jetzt „besser“ machen...



Soziale Stabilität in der Gesellschaft – eine Aufgabe für uns ALLE!

Die „Soziale Stabilität in der Gesellschaft“ ist ein sehr komplexes und vielschichtiges Thema. Es ist einerseits durch sehr langfristige Strukturen und Trends (Demografie, Pensionssystem, Geschlechterrollen etc.), die oft generationenübergreifend wirken, geprägt. Andererseits muss oft auf kurzfristigen Entwicklungen und Krisen schnell reagiert werden. Ein zweiter Komplexitätsfaktor ist, dass es in diesem Themenfeld nur Betroffene gibt. Und nicht nur das, praktisch jede und jeder ist in mehreren Rollen betroffen. Wir alle sind Kunden und Konsumenten der sozialen Systeme und Einrichtungen und praktisch wir alle sind auch Finanziers, auch wenn sich die Bilanz dieser beiden Basisrollen im Einzelfall stark unterscheidet.

Uns ist deshalb sehr bewusst, dass unsere Gedanken kein umfassendes oder vollständiges Bild dieser großen und komplexen Thematik darstellen können. Wir haben einige Bereiche und Aspekte herausgehoben, die aus unserer Sicht für eine gute Entwicklung unserer Gesellschaft jedenfalls wichtig sind und versucht, dazu gemeinsame Ideen und Ansätze über unterschiedliche weltanschauliche Positionen zu entwickeln. In vielen Aspekten gibt es Anknüpfungspunkte zu unseren Ergebnispapieren „Ökologische Transformation“, „Bildung“ und „Digitale Transformation“.

Das verstehen wir als unseren Diskussionsbeitrag. Ein Beitrag, der helfen soll zu zeigen, wo der Raum für breiteren Konsens und Kompromiss in diesem komplexen Feld von Themen und Interessen liegen könnte. Wie eine gute Zukunft, ein gutes Miteinander in unserem Land im Jahr 2032 ausschauen könnte...

Soziale Stabilität in Österreich 2032 – ein Blick aus der Zukunft

Die zweite Republik war seit ihrem Bestehen ein durchwegs stabiles Land. Aber auch wenn die Konflikte nie so stark eskaliert sind wie in manchen anderen Ländern, so war der gesellschaftliche Zusammenhalt Anfang der 20er Jahre doch merkbar unter Druck geraten. Das hatte zum Teil sachliche Gründe, wie z.B. die demografische Entwicklung, die unsicher werdenden internationalen Märkte, Krisen und Kriege, verschiedene tiefgreifende Umbrüche, etwa in den Bereichen der Ökologisierung oder der Digitalisierung, und die Bewältigung von Migration und Integration.

Zum Teil war das bewusste Anheizen von Konflikten und Gegensätzen aber auch Programm mancher Interessengruppen und wurde fast zu Prinzipien in Politik und sozialen Medien. Die Polarisierung nahm merkbar zu, die Entwicklungsperspektive für die österreichische Gesellschaft war nicht günstig. Die Stabilität war in Gefahr, weil sich Spaltungen abzeichneten, etwa zwischen den Generationen, zwischen den Geschlechtern, zwischen Stadt und Land, Einheimischen und Zugezogenen, zwischen Menschen mit formal hoher und formal niedriger Bildung, zwischen Arm und Reich etc.. Vor einigen Jahren begann sich das aber zu ändern.

Ausgangspunkt dieser Veränderung waren vor allem diverse Bewegungen und Initiativen, die eine Versachlichung und eine konstruktive, lösungsorientierte Diskussionskultur propagierten. Im Grunde war es die oft zitierte „Mitte“, die auf die extremen Ränder und die Eskalationstendenzen reagiert hat. Politik und Medien haben dieses Momentum aufgegriffen. Damit ist schrittweise wieder ein **Klima des konstruktiven Miteinanders** entstanden, in dem es möglich war, viele Probleme und schwierige Fragen zu diskutieren und gemeinsame Lösungsschritte zu finden. Dabei hat man sich immer mehr an die wirklich schwierigen Themen herangewagt. So entstand eine Reihe von konsequenten und mutigen Maßnahmen und Reformen, die Mitte der 2020er Jahre begonnen haben und nach und nach immer mehr Wirkung zeigten.

Österreich ist heute ein Land, das für viele ein Beispiel für eine besonders gut gelungene Entwicklung der Gesellschaft ist. Und das durchaus auch innerhalb der Europäischen Union, die insgesamt mehr als je zuvor vielen Menschen auf der Welt als Vorbild und Hoffnungsträgerin etwa in Fragen der Rechtsstaatlichkeit, der persönlichen Freiheitsrechte oder der sozialen Solidarität gilt.

Eine wichtige Basis dieser positiven Entwicklung war, dass sich **Österreich wieder mehr auf seine eigentlichen Stärken** besonnen hat. Der österreichische Pragmatismus, die Fähigkeit zum praktischen **Verbinden unterschiedlicher Ideenwelten und Kulturen** oder auch die hohe Bereitschaft zum „**Miteinanderreden**“ sind Beispiele dafür. Besonders wichtig ist die – auch im internationalen Vergleich – hohe Bereitschaft zum freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement gepaart mit einem gut ausgebauten Sozialstaat und einem klaren Bekenntnis zu diesem.

Auf dieser Basis wurden in den letzten Jahren eine Reihe wesentlicher Weichenstellungen getroffen, die heute viel zur Stabilisierung der Gesellschaft beitragen. So wurde ein Schwerpunkt auf **Kinder und Bildung** gelegt. Der flächendeckende Ausbau von qualitativvollen, inklusiven Kinderbetreuungsplätzen vom 1. Lebensjahr an, genauso wie das verpflichtende 2. Kindergartenjahr haben sich bewährt. Diese Maßnahmen beginnen bereits merkbar die Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erhöhen und wirken sich auch im Bereich der Integration positiv aus. Der Ausbau der Kinderbetreuung und weitere Maßnahmen tragen auch zu einer gerechteren Verteilung von Erwerbs- und Carearbeit auf die Geschlechter bei.

Das ist einer der wichtigen Gründe, warum sich Österreich in vielen **Gleichstellungsfragen** schnell in die richtige Richtung entwickelt hat und z.B. im „Gender Equality Index“ der EU zu den skandinavischen Ländern aufgeschlossen hat.

Ähnlich erfreulich ist die Entwicklung im Thema „**Inklusion**“. Das Bildungssystem wurde komplett inklusiv gestaltet, sodass es heute defacto keine Segregation von Kindern mit Beeinträchtigungen mehr gibt. Inklusiv Ganztageschulen sind heute genauso selbstverständlich wie ein Rechtsanspruch auf das 11. und 12. Schuljahr oder auf einen späteren Schuleintritt für Kinder mit Beeinträchtigungen.

Auch die Auswirkungen der demografischen Entwicklung wurden mutig und mit Weitblick angegangen. Im **Gesundheits- und Pflegebereich** wurden bedeutende Fortschritte erzielt, die maßgeblich zur sozialen Stabilität beigetragen haben. Österreich hatte endlich den Mut, strukturelle Ineffizienzen - wie föderalistische Doppelgleisigkeiten - aufzubrechen, eine gesamtösterreichische Gesetzgebung zu verankern und eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.

So hat beispielsweise die Einführung der „Advanced Practice Nurses“ (APNs) die Versorgungsqualität erheblich verbessert, indem diese Pflegekräfte erweiterte Befugnisse erhalten haben. Diese Maßnahme wurde erfolgreich aus Ländern wie Norwegen und den USA übernommen. Darüber hinaus wurden eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen gesetzt, die Sozialbetreuungs- und Pflegeberufe attraktiver gemacht, die Versorgungsqualität erhöht und die gesellschaftliche Anerkennung der Pflege gestärkt haben. Bei diesen umfassenden Maßnahmen sind auf allen Hierarchieebenen im Sozialbetreuungs- und Pflegebereich Männer und Frauen auf Augenhöhe mitgedacht. Geschlechterparität war Voraussetzung für einen nachhaltigen Sozialbetreuungs- und Pflegebereich.

Österreich ist heute ein Vorbild in Sozialbetreuung und Pflege und ein Beispiel für gelungene gesellschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union.

Ein Schlüsselbereich war auch der **Arbeitsmarkt**. Anfang der 2020er Jahre wurde der Fachkräftemangel und zunehmend sogar ein genereller

Arbeitskräftemangel zu einem immer dringenderen Problem. Demografie aber auch die angestrebte persönliche Arbeitszeitverkürzung vieler Menschen stellten nicht nur Unternehmen vor große Herausforderungen, sondern bedrohten zunehmend auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes als Ganzes. Trotz dieser hohen Nachfrage waren andere Gruppen am Arbeitsmarkt weiterhin von Ausgrenzung bedroht. Insbesondere Niedrigqualifizierte, geflüchtete Personen und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen haben von der hohen Nachfrage nur bedingt profitiert. Wichtig war die Erkenntnis, dass sich dieses Spannungsfeld nicht durch punktuelle Einzelmaßnahmen, sondern nur durch einen klugen Maßnahmenmix lösen lässt. Eine starke aktive Arbeitsmarktpolitik gepaart mit einer Reform pensionsrechtlicher Anreize, dem massiven Ausbau der Kinderbetreuung und Verbesserungen im Bildungssystem für Kinder und Erwachsene sowie einer schnelleren und besseren Integration von Neuzugängen und einer klaren Migrationsstrategie trugen maßgeblich dazu bei. Damit ist Österreich heute ein ausgesprochen attraktiver Wirtschafts- und Arbeitsstandort.

Wir arbeiten heute individuell im Schnitt etwas weniger als vor einigen Jahren, leisten dabei aber als Gesellschaft insgesamt ein höheres Arbeitsvolumen. Die Arbeit ist gesünder, viele arbeiten länger und die Arbeit ist insgesamt besser und fairer verteilt. Und die allermeisten arbeiten gerne. Arbeit ist nach wie vor ein wichtiger Teil unseres Lebens, der auch den sozialen Zusammenhalt stark unterstützt.

Ein besonders wichtiger Bereich, der stark mit der Demografie zusammenhängt und für viel Zweifel vor allem unter den Jüngeren gesorgt hat, wurde ebenfalls klug angepackt: das **Pensionsystem**. Das reformierte Pensionsystem sorgt mit viel Transparenz u.a. dafür, dass die Zuversicht gerade der Jüngeren auch in den Genuss einer vernünftigen Pensionsleistung zu kommen, deutlich gestiegen ist. Ein Faktor, der für die gesellschaftliche Stabilisierung wahrscheinlich gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Nicht zuletzt

deshalb, weil andererseits gerade diese Jungen auch stärker gefordert werden, ihren Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Am deutlichsten wohl durch den „**verpflichtenden Sozialdienst**“, der für alle Personen unter 25 Jahren mit Staatsbürgerschaft oder einem Aufenthaltstitel gilt. Er ist sowohl durch den Einsatz in der Landesverteidigung als auch bei diversen sozialen und kommunalen Organisationen ableistbar. Dieser verpflichtende Sozialdienst trägt auch dazu bei, dass Menschen unterschiedlichster Gruppen aufeinandertreffen und so der Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt wird.

Die Altersarmut von Frauen war immer im Blickfeld der Pensionsreformen. Durch eine Reihe von Maßnahmen konnte dieses Problem deutlich entschärft werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Reformen im Pensionssystem ist die höhere Transparenz und Wahlfreiheit für den Einzelnen.

Dieser Grundsatz der Stärkung eines „**selbstbestimmten Lebens in einer solidarischen Gemeinschaft**“ wurde überhaupt zu einem Grundprinzip der Gesellschaftspolitik. Das drückt sich auch massiv in den Maßnahmen aus, die helfen sollen, „**dass sich Leistung lohnt**“. Die Möglichkeit durch eigenen Einsatz persönliche Ziele erreichen zu können, ist für die Stabilität einer Gesellschaft ein hoher Wert. „**Selbstwirksamkeit**“ stabilisiert. Ein zentrales Thema in diesem Zusammenhang war und ist die schrittweise steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit.

Eine wichtige Quelle der **Finanzierung** dieser merkbaren Entlastung des Faktors Arbeit ist das mutige Beseitigen von meist schon langen bekannten Ineffizienzen an unterschiedlichen Stellen etwa der Verwaltung oder im Gesundheitssystem.

Ein besonders herausfordernder Bereich war das Thema **Integration und Migration**. Er führte jahrzehntelang zu einer Reihe tatsächlicher und darüber hinaus noch stärker gefühlter Probleme und hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt deutlich belastet. Nicht zuletzt auch dadurch,

dass die Lösung der Probleme häufig nur im jeweils gerade unbedingt notwendigen Ausmaß angegangen wurde, strukturelle Fehlentwicklungen für politische Agitation instrumentalisiert wurden und Österreich in vielen Fragen weit entfernt davon war, „an einem Strang zu ziehen“. Das hat sich nunmehr deutlich geändert.

Ein wichtiger Punkt dabei: Österreich hat eine Migrationsstrategie. Wir haben einen Plan, welche Migration wir aktiv wollen und wie wir das nachhaltig angehen. Wir haben aber auch ein planvolles Vorgehen, wie wir mit Menschen umgehen, die Schutz in Österreich suchen und denen wir diesen Schutz auf Basis des Völkerrechts gewähren. Legale, geordnete Zugangsmöglichkeiten für diese Menschen sind dabei ein wichtiges Element. Dadurch kamen über die Jahre immer weniger Menschen auf irregulärem Weg nach Österreich, was Grenzkontrolle und Polizeiarbeit entlastet hat.

Entscheidend ist auch, dass Menschen mit Aufenthaltstitel oder hoher Bleibewahrscheinlichkeit in einer **deutlich höheren Intensität in ihrer Integration unterstützt** werden, und zwar vom ersten Tag an. Ziel ist die möglichst rasche Integration in den Arbeitsmarkt. Qualifizierungen, die Erleichterung der Anerkennung beruflicher Qualifikation bzw. die Weiterqualifizierung, um diese Anerkennung rasch zu erreichen, sind heute gut organisiert und niederschwellig zugänglich. Menschen, die diese Voraussetzungen noch nicht oder kaum mitbringen, werden in einem verpflichtenden intensiven „Integrationsjahr“ die entsprechenden Grundlagen vermittelt – immer auch in Verbindung mit praktischer Tätigkeit und der damit verbundenen sozialen Eingliederung. Für Jugendliche und junge Erwachsene gibt es „Colleges“, die im Umfang einer Vollzeittätigkeit bis zu einem Jahr lang die Grundlagen für gelingende Integration schaffen. Viele junge Menschen leisten direkt nach dem „Jugendcollege“ ihren „Sozialdienst“ ab, was die Integrationswirkung gerade in dieser Gruppe nochmal deutlich verstärkt. In Österreich geborene Kinder werden, im Fall einer gesetzlich festgehaltenen Mindest-

aufenthaltsdauer ihrer Eltern, durch ein bedingtes ius soli sofort zu österreichischen Staatsbürgerinnen und fühlen sich dadurch dem Land und seinen Werten zugehörig. Die demokratische Lücke beim Wahlrecht beginnt sich zu schließen.

Als maßgeblichen Erfolgsfaktor bei der Integration von zugezogenen Jugendlichen und Kindern aus Nicht-EU-Drittstaaten haben sich deren Mütter erwiesen, welche als agents of change für eine gelungene Integration fungieren.

Die österreichische Gesellschaft ist dabei, **solidarischer, aber auch durchlässiger** zu werden. Menschen, die nicht oder nur eingeschränkt in der Lage sind ein selbstbestimmtes Leben zu führen, können sich auf die Unterstützung der Gemeinschaft verlassen. Das Ziel, dass niemand in Österreich dauerhaft in manifester Armut leben soll, haben wir weitgehend erreicht. Genauso wissen aber jene, die sich engagieren, die sich einsetzen und etwas leisten, dass sich ihr Einsatz lohnt. **Österreich ist wieder stärker ein Land der Chancen geworden.** Das Erwerben persönlicher Freiräume, ob sie sich in Lebensstil oder Besitz oder sonst wie ausdrücken, ist möglich und legitim. **In dieser Balance entsteht die neue Stabilität unseres Landes.** Gläserne Plafonds, die einst den Aufstieg und die Selbstverwirklichung behinderten, kennt man nur noch aus Erzählungen.

2. Maßnahmen

Die Maßnahmen beschreiben, was wir jetzt konkret tun müssen, um einen guten Weg auf das Zielbild hin einzuschlagen...

Dringende Maßnahmen für die nächsten 12 Monate

Was müssen wir tun? Was müssen wir jedenfalls angehen?

Kinder und Familienrecht

A. Kinder:

- **Verpflichtendes 2. Kindergartenjahr.**
- Rechtsanspruch auf ganztägig und ganzjährig qualitativ voll ausgebautes (höhere und einheitliche Mindeststandards österreichweit) und inklusives **Kinderbetreuungssystem ab dem 1. Lebensjahr.**
- 5-Jahres Plan zum Auf- und Ausbau der notwendigen Personalressourcen (Verbesserungen im Bereich der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen, Ausbildungsinitiative etc.)
- Ausbau eines echten **verschränkten und inklusiven Ganztages-Schulkonzeptes.**
- Rechtsanspruch auf das 11. und 12. Schuljahr und auf einen späteren Schuleintritt für Kinder mit Beeinträchtigungen.
- Eltern-Kind-Pass stärken; verpflichtende Untersuchungen alle 6 Monate.
- Ausbau der Einrichtungen für **Kinder mit mentalen oder kognitiven Beeinträchtigungen**, Problemen oder Erkrankungen. Flächendeckender Ausbau von psychotherapeutischen Angeboten auf Krankenschein für Kinder und Jugendliche.
- Kostenlose Präventionsangebote zur körperlichen und psychischen Gesundheit für Kinder und Jugendliche

B. Kinderbetreuung:

- Einkommensabhängiges **Kindergeld** (wie bisher max. 80 % des Einkommens mit Obergrenze und zusätzlich mit Mindesthöhe). Pro Elternteil sind max. 12 Monate möglich (bei alleiniger Obsorge max. 24 Monate).
- Erweiterung der Elternteilzeit durch spezifische finanzielle Förderung eines Modells, in dem beide Elternteile ihre Arbeitszeit zur Kinderbetreuung gleichzeitig reduzieren (z.B. auf 30 Stunden).

C. Familien- und Kindschaftsrecht

- Modernisierung des Familien- und Kindschaftsrecht im Hinblick auf die Realität häufiger Trennungen und vielfältiger Familienmodelle. Beschleunigung der Verfahren und Entscheidungen sowie des Durchsetzens von Beschlüssen.
- Erarbeiten von Voraussetzungen sowie gesetzliche Verankerung von „Nach-Trennungs-Modellen“ zur Förderung der gleichteiligen elterlichen Verantwortung.
- Abschaffung des Verschuldensprinzips bei Scheidungen und Unterhaltssicherung für Kinder ab Trennung/Scheidung (wenn kein Kinder-Unterhaltsvorschuss möglich ist oder der Kinder-Unterhaltsanspruch unter dem Richtsatz liegt).

Pflege und Sozialbetreuung

- Sicherung der Finanzierung und Abbau von Doppelgleisigkeiten durch Auf- und Ausbau des Pflegefonds und damit **Etablierung einheitlicher Finanzierungs-,** Versorgungs- und Qualitätsstandards.
- **5 Jahres-Plan** für eine deutliche Verbesserung der Entlohnung und der **Arbeitsbedingungen** in der Pflege durch z.B.
 - Anhebung der öffentlichen Kostenersätze/ Förderungen mit der Bedingung Gehälter zu erhöhen.
 - die Einführung von österreichweiten Standards für Personalschlüssel und österreichweiten Standardtarifen/Normkosten.
 - eine massive Ausbildungsinitiative mit konkret vereinbarten Zielwerten.
 - die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle – Erweiterung der Wahlmöglichkeiten bei Wochenarbeitszeit, Dienstplan etc..
 - die Kostenübernahme von Praktikumsbegleitung und verpflichtender Fortbildung

und allen Ausbildungskosten auch für Lehrende.

- die Einführung eines finanzierten Regelstudiums für Lehrende im Bereich Sozialbetreuung und Pflege.
- Evaluierung und ressourcenorientierte Weiterentwicklung des Bundespflegegeldes.
- Etablierung eines bundesweiten Digitalisierungsfonds in der Höhe von 500 Mio. Euro zur Förderung von digitalen Innovationen und Finanzierung von Pilotprojekten. Bundesweiter Rollout von erfolgreichen Pilots.
- Implementierung von Advanced Practice Nurses (APNs) zur Verbesserung der Versorgungsqualität in allen Pflegebereichen (Best Practices: Norwegen/Dänemark/USA/England), Beispiele für erweiterte Befugnisse von APNs: Verabreichung von definierten Medikamentenklassen und Durchführung diagnostischer Tests nach standardisierten Protokollen.
- Erweiterung der Befugnisse für den gehobenen Dienst der Gesundheits- und Krankenpflege, z.B. selbständige Verrechnung der pflegerischen Leistungen mit den Krankenkassen zur Stärkung der Primärversorgungszentren.

Gewaltschutz und -prävention

- Erhöhung und Wertsicherung der finanziellen Mittel für Gewaltschutzeinrichtungen und Gewaltpräventionsprogramme.
- Erstellung und Implementierung eines evidenzbasierten „Nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen“ durch Einbeziehung von Betroffenen und Expertinnen.
- Umsetzung der empfohlenen Handlungsstrategien der „Handreiche des BMJ zum Umgang mit Gewalt im Zusammenhang mit Obsorge und Kontaktrecht“ zum Schutz bei und zur Prävention vor physischer und psy-

chischer Gewalt gegen Kinder sowie Mütter und Väter.

Geschlechtergerechtigkeit

- Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Sicherstellung von diversen Führungsteams in Organisationen. Entwicklung und Überprüfung branchenspezifischer Fördermaßnahmen oder Quoten durch die Sozialpartner etwa im Rahmen der KV-Verhandlungen.
- Freiwilliges technisches Jahr für Frauen (FTJF): gefördertes Angebot für Frauen, Kontakt und Einstieg in die technische Berufswelt zu finden mit entsprechender sozialer Absicherung.

Wohnen

- Intensivierung des geförderten sozialen Wohnbaues, insbesondere in Regionen mit Arbeitskräftebedarf.

Steuern und Abgaben

- Einsetzen einer Expertinnenkommission zur Reformierung des Steuer-, Abgaben- und Transfersystems mit den Grundrichtungen: Vereinfachung und Reduktion von Ausnahmen; Spürbare Entlastung des Faktors „Arbeit“ (für Bürger und Bürgerinnen und Unternehmen), Verhinderung prohibitiv hoher effektiver Grenzsteuersätze .
- Perspektivisch Senkung der Steuerquote; Leistungsanreize durch strukturelle Senkung der Steuertarife speziell im mittleren Bereich.
- Attackieren von Ineffizienzen im System (z.B. in den Bereichen Gesundheit, Bildung).

Armutsbekämpfung

- Etablierung einer tauglichen Grundsicherung mit Untergrenzen (und nicht Obergrenzen). Die Grundsicherung hat sich nicht nur an Einkommensgrößen, sondern auch an der konkreten Bedürfnislage von Betroffenen zu orientieren.
 - Vereinheitlichung der Leistungen für Kinder in allen Systemen (Ausgleichszulage - Mindestsicherung - Pension - Arbeitslosenunterstützung - Arbeitsentgelt).
 - Überprüfung und systematischer Abbau von Inaktivitätsfallen in Sozialtransfers bzw. Arbeitslosenversicherung. Ziel muss immer sein, dass sich Mehrleistung auch finanziell auszahlt. Sichtbarmachung des Themas 12(Sozialtransfer) vs. 14(Lohn) Gehälter.
 - Teilhabe an der Gesellschaft ist Neuzugewanderten wie Einheimischen zu ermöglichen, aber auch einzufordern. Basis dafür ist die Sicherung von Grundbedürfnissen.
- Deutlicher Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik und personellen Kapazitäten im AMS. Nutzen der mit Begleitung durch das WIFO belegten Potenziale der hohen Wirksamkeit und Einsparungspotenziale durch verstärkte persönliche Betreuung von Arbeitssuchenden.
 - Förderung von Sozialunternehmen, die soziale oder ökologische Herausforderungen adressieren, durch gezielte finanzielle Unterstützung, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.
 - Betriebliche Förderprogramme zur Qualifizierung von Beschäftigten für Digitalisierung und Ökologisierung.
 - Anreize für Betriebe verstärken, die ältere Arbeitssuchende auf geeigneten Arbeitsplätzen einstellen und altersgerechte Arbeitsplätze und betriebliche Gesundheitsförderung anbieten.
 - Arbeit und Engagement stärker als gesellschaftlichen Grundwert betonen.

Eine Arbeitsmarktpolitik, die Leistung und soziale Sicherheit fördert

- Ziel ist die Erhöhung der Beschäftigungsquote und eine bessere Verteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit.
 - Nach budgetären Möglichkeiten Faktor Arbeit bei Niedrigqualifizierten entlasten, ohne Teilzeit weiter zu fördern. Hier gibt es die meiste Konkurrenz durch Automatisierung und Verlagerung ins Ausland.
 - Gezielte Abstimmung der Sozialschutzsysteme zur Senkung der Schnittstellenprobleme und Schließung von „Inaktivitätsfallen“ im System.
 - Möglichkeiten schaffen und Anreize setzen um Mehrarbeit bzw. Vollzeit-Tätigkeiten – auch nach Kinderbetreuungszeiten – wieder zu attraktiveren.
- Erarbeitung einer **gesamthaften, übergeordneten Migrationsstrategie** für Österreich: welche Zuwanderung brauchen und wollen wir? Wie organisieren wir diese? Erarbeitung unter Einbeziehung der Stakeholder aus Bundes- und Landes Verwaltung, Sozialpartner, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und direkt Betroffenen.
 - Etablierung von **Ausbildungspartnerschaften in den Herkunftsländern**, für geplante Migration.
 - „Welcome Center“ (one stop shop) für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Prozess kann schon vor der Einreise vollständig abgewickelt werden.
 - Erleichterter Zugang zur Staatsbürgerschaft durch Senkung der Einkommens- und Aufent-

Migration

haltenskriterien; Doppelstaatsbürgerschaften ermöglichen.

- Einführung einer bedingten ius soli-Regelung, die ab einer bestimmten regulären Aufenthaltsdauer eines Elternteils (z.B. mindestens 5 Jahre) hier geborenen Kindern die österreichische Staatsbürgerschaft verleiht.

Integration

Bei hoher Bleibewahrscheinlichkeit **startet Integration unmittelbar nach Ankunft** in Österreich. Deutschkurse und, soweit möglich, sofortige (Teil)-Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt sollen somit bereits während des Asylverfahrens zur Verfügung gestellt werden, wie im Integrationsjahrgesetz für „Gruppen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit“ vorgesehen. Folgende Maßnahmen sollen die Integration unterstützen:

- Unterstützung des Spracherwerbs in den bundesweiten Deutschkursen durch KI-gestützte Tools (blended learning).
- Ausbau des bundesweiten Angebots an Deutschkursen, um einen möglichst nahtlosen Übergang zwischen unterschiedlichen Deutschlevels (z.B. von A2 zu B1) sicherzustellen; Berücksichtigung der Heterogenität der Zielgruppe „geflüchtete Menschen“ (nach Herkunftsland, Bildungsniveau, Geschlecht, Alter) bei Deutschkursangebot.
- Wiedereinführung der Kompetenzchecks für die Feststellung informeller Fähigkeiten und Fertigkeiten von geflüchteten Menschen und damit einhergehender Aktivierung für den österreichischen Arbeitsmarkt.
- Überführung ukrainischer Vertriebener von der Grundversorgung in die Mindestsicherung, um sozial abzusichern und gleichzeitig die Erwerbsaktivität durch damit einhergehende verpflichtende Meldung beim AMS zu erhöhen.
- Bewusstseinsbildung bei und Ausbau der Unterstützungsangebote für Unternehmen,

die Geflüchtete mit noch geringen Deutschniveaus einzustellen bereit sind.

- Für Jugendliche und junge Erwachsene: „Jugendcolleges“ nach Ende der gesetzlichen Schulpflicht, bis 25 Jahre (ca. 30 Wochenstunden, 1 Jahr lang) flächendeckend ausbauen.
- Vereinheitlichung der Höhe der Sozialleistungen für Asylberechtigte (Grundsicherung) und subsidiär Schutzberechtigte im gesamten Bundesgebiet, um Ungleichverteilung von Geflüchteten entgegenzuwirken.
- Ausbau von kulturell-sozialen Mentoring-Programmen durch Anreize für die österreichische Wohnbevölkerung, sich als Buddy für Neueingewanderte zu engagieren (etwa durch Gutscheinsystem, gemeinsame Kino- und Veranstaltungsbesuche, etc.).

Solidarität und Zusammenhalt

- „Sozialdienst“ für alle Staatsbürger und Staatsbürgerinnen und Personen mit Aufenthaltstitel bis 25 Jahre. Dieser Sozialdienst kann im Rahmen der Landesverteidigung (6 Monate und nur Staatsbürger und Staatsbürgerinnen) oder im Rahmen sozialer Dienste (9 Monate) abgeleistet werden.

Noch ein Wort zum Pensionssystem...

Das Pensionssystem ist im Rahmen der „Sozialen Stabilität“ der Gesellschaft eine essentielle Säule. Es ist aber auch sehr sensibel, komplex und ein Brennpunkt unterschiedlicher Interessen und Betroffenheiten. Wir haben bei MEHR GRIPS auch zum Thema „Pension“ Ideen entwickelt und diskutiert, uns dann aber entschlossen vorerst keine Einzelideen oder plakative „Schnellschüsse“ vorzulegen, weil es im Sinne eines „gemeinsamen Lösungsraumes“ mit Sicherheit gesamthafte Lösungen braucht.

Wir meinen aber, dass eine seriöse Diskussion über die **Weiterentwicklung des Pensionssystems** – jenseits ideologisch verfestigter Positionen – Sinn macht. Dabei sollten insbesondere auch Lösungen für folgende Fragen entwickelt werden:

- Wie kann man den Übergang in die Pension als Lebensphase so gestalten, dass er Raum für maximale Individualität und Flexibilität gibt?
- Wie kann man das realistische Vertrauen – speziell der jüngeren Generationen – in eine vernünftige, zukunftsichere Altersversorgung stärken?



MEHR GRIPS Verein für eine sach- und vernunftorientierte Politik
Reisnerstraße 27/5a
1030 Wien
ZVR: 1272860637
office@mehrgrips.at
www.mehrgrips.at



ERSTE
Stiftung

Dieses Projekt wurde von der ERSTE Stiftung unterstützt.